



Die Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft

Bund mit Personalmanagement auf dem richtigen Weg

Bern, 25.03.2009 - Der Bundesrat hat an der Sitzung von heute Mittwoch den Bericht zur Umsetzung der Bundespersonalpolitik 2008 zur Kenntnis genommen und an das Parlament weitergeleitet. Dieser Bericht zeigt, dass die bundesrätlichen Ziele beim Frauenanteil, bei der Vertretung der Landessprachen und bei den Lernenden fast durchgehend erreicht wurden. Um das Niveau langfristig zu sichern und weitere Verbesserungen zu erzielen, will der Bundesrat jedoch weitere Anstrengungen unternehmen.

Laut Bundespersonalgesetz BPG hat der Bundesrat dem Parlament jährlich über die Umsetzung seiner Personalpolitik berichtzuerstatten. Zuständig für die Berichterstattung ist das Eidg. Personalamt EPA. Das EPA hat das Reporting im Personalmanagement für die Ausgabe 2008 gestrafft, klarer gegliedert und um weitere wichtige Kennzahlen wie die Frühfluktuation und die Verbleibquote der Lernenden noch ergänzt.

Wachsender Anteil von Frauen auf allen Hierarchiestufen

Der Frauenanteil in der Bundesverwaltung beträgt 30,5 Prozent. Damit ist der bundesrätliche Sollwert von 30 Prozent leicht übertroffen. Werden die traditionellen "Männerberufe" in den Bereichen Verteidigung oder Grenzwache von der Berechnung ausgeschlossen, beträgt der Frauenanteil 41,9 Prozent. Verbesserungspotenzial besteht beim mittleren Kader (Lohnklassen 24-29). In diesem Bereich liegt der Frauenanteil, wenn auch stets steigend, mit 22,6 Prozent noch deutlich unter dem Sollwert von 33 Prozent. Im obersten Kader (Lohnklassen 30-38) ist der Sollwert von 12 Prozent hingegen erreicht.

Die Vertretung der Sprachgemeinschaften in der Bundesverwaltung hat sich in den letzten Jahren nur leicht verändert. Die Mitarbeitenden verteilen sich wie folgt auf die vier Landessprachen:

- Deutschsprachige 72,2 Prozent (Soll: 72,5 Prozent)
- Französischsprachige 20,6 Prozent (21 Prozent)
- Italienischsprachige 6,0 Prozent (4,3 Prozent)
- Romanischsprachige 0,3 Prozent (0,6 Prozent)

Bei den Lernenden wurde das Ziel des Bundesrates mit 922 Vollzeitstellen (4,1 Prozent) 2008 erreicht. Trotz eines leichten saisonbedingten Rückgangs des Lernendenbestandes nach den Sommerferien wurde damit das bundesrätliche Ziel von 4 Prozent (Anzahl Lernende im Verhältnis zur Gesamtzahl Mitarbeitender) erreicht. Der Bundesrat will den Anteil der Lernenden in der Bundesverwaltung durch zusätzliche Ausbildungsangebote weiterhin hoch halten. Die Verbleibquote von Lernenden, d.h. die Anstellung von Lernenden in den ersten sechs Monaten nach Abschluss ihrer Ausbildung, beträgt 33 Prozent. Auch sie soll weiter erhöht werden.

Zunahme der Fluktuation - hauptsächlich aus organisatorischen Gründen

2008 haben 3'324 Personen die Bundesverwaltung verlassen. Das entspricht einer Bruttofluktuation von 9,5 Prozent (Vorjahr: 7,9 Prozent). Die deutliche Erhöhung gegenüber dem Vorjahr ist auf die vorzeitigen Pensionierungen im Rahmen des Primatwechsels in der beruflichen Vorsorge sowie auf Verselbständigungen von Organisationseinheiten wie der Finanzmarktaufsicht FINMA und des Eidgenössischen Nuklearsicherheitsinspektorats ENSI zurückzuführen. Die Nettofluktuation, d. h. die Stellenwechselquote, beträgt 5,6 Prozent (2007: 4,4 Prozent). Die Fluktuationsquoten der Bundesverwaltung sind mit jenen anderer Arbeitgeber vergleichbar. Als Frühfluktuation wurden die Austritte erfasst, die innerhalb der ersten sechs Monate nach der Anstellung zu verzeichnen waren. Diese betrug 0,5 Prozent.

Durch den Primatwechsel in der beruflichen Vorsorge hat die Anzahl der vorzeitigen Pensionierungen zugenommen. Das wirkt sich auch auf die Altersstruktur des Bundespersonals aus und bremst die durch die demografische Entwicklung verursachte Alterung des Personalbestands. Das Durchschnittsalter in der Bundesverwaltung ist leicht auf 43,6 Jahre (Vorjahr: 43,9) gesunken.

Gemäss einer Umfrage bei Studierenden gilt die Bundesverwaltung als attraktive Arbeitgeberin. Diese schätzen an der Bundesverwaltung insbesondere die vielfältigen Arbeitsinhalte, die mit den Aufgaben verbundene soziale Verantwortung und die Möglichkeit einer ausgewogenen Work-Life-Balance. Frauen fühlen sich von der Bundesverwaltung leicht stärker angezogen als Männer. Diesen Umstand gilt es vor allem bei Rekrutierungen im Kaderbereich zu nutzen.

2008 belief sich der durchschnittliche Bruttolohn in der Bundesverwaltung (ohne EDA-Lokalpersonal) auf 100'605 Franken (Vorjahr: 98'421). Das entspricht einer Erhöhung von 2,2

Prozent. Dazu haben im Wesentlichen die ab Juli 2008 wirksamen Lohnmassnahmen beigetragen.

Adresse für Rückfragen:

Thomas Schmutz, Vizedirektor, Leiter Geschäftsbereich Personalwirtschaft und Controlling, Eidg. Personalamt, Tel. 031 324 95 42

Herausgeber:

Eidgenössisches Finanzdepartement
Internet: <http://www.efd.admin.ch>

Die Bundesbehörden der Schweizerischen Eidgenossenschaft
[Kontakt](#) | [Rechtliches](#)

<http://www.admin.ch/aktuell/00089/index.html?lang=de&msg-id=26079>